

Die OSZE und Südkorea

Die koreanische Halbinsel und die geostrategische Komplexität

Die koreanische Halbinsel ist immer noch eine der gefährlichsten Gegenden der Welt. Sie ist umgeben von den drei größten Nuklearmächten der Welt: den USA, Russland und China. Die beiden größten Wirtschaftsmächte, die USA und Japan, sind politisch und geographisch involviert. Die Interessen der vier Großmächte sind in der brisanten Region, die die koreanische Halbinsel umgibt, miteinander verflochten. Die Teilung der Halbinsel verstärkt die Instabilität und Komplexität noch zusätzlich.

Dieser instabilen Region fehlt ein mit der NATO oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) vergleichbarer regionaler Sicherheitsrahmen. Es gibt immer noch keinen Friedensvertrag für die koreanische Halbinsel, auf der über eine Million gegnerischer Soldaten nur wenige Kilometer voneinander entfernt stationiert sind. Die nordostasiatischen Institutionen haben sich bei der Bewältigung regionaler Probleme als erschreckend unzulänglich erwiesen, insbesondere wenn man die enormen Verwerfungen bedenkt, die absehbare Veränderungen in Korea mit sich bringen können. In Abwesenheit funktionierender Institutionen bilden im Wesentlichen noch immer langfristige bilaterale Verträge das Rückgrat militärischer Abschreckung. Ganz im Gegensatz zu Europa, das mit NATO, EU und OSZE eine umfangreiche organisatorische Infrastruktur hat, fehlen in Asien solche Institutionen, die dazu beitragen könnten, sich an die veränderten Gegebenheiten anzupassen, noch immer.

In Nordostasien sind die US-amerikanisch-japanische und die US-amerikanisch-südkoreanische Sicherheitsallianz, verstärkt durch die Stationierung von US-Truppen, ein wesentlicher Eckpfeiler von Stabilität. Die größte Gefahr, die sich aus der Neugestaltung Nordostasiens ergibt, ist, dass populistischer Druck, Wirtschaftskrisen und technologischer Wandel zu einem destabilisierenden Kampf um das regionale Kräftegleichgewicht führen könnten. Die einem solchen Machtkampf innewohnenden Gefahren sind besonders akut, weil Nordostasien - im Gegensatz zu Europa - nicht über Regionalorganisationen verfügt, die in der Lage wären, paranoide Bedrohungswahrnehmungen zu dämpfen und gemeinsame Ziele zu formulieren.

Fehlender Multilateralismus

In Nordostasien gibt es keine führende Macht, die man bräuchte, um eine Gemeinschaft aufzubauen. Die relativ schwächeren südostasiatischen Länder

bestehen zudem hartnäckig auf einer eigenen. Darüber hinaus ist es den Nordostasiaten nicht gelungen, das Spannungsverhältnis aufzulösen, das sich aus der vorrangigen Notwendigkeit, das Engagement der USA in der Region zu erhalten, und dem Wunsch nach einer eigenen nordostasiatischen Identität ergibt. Als Folge davon geht der Prozess der Gemeinschaftsbildung nur langsam voran und Antipathien blühen nach wie vor. Die Verantwortung für die Gewährleistung von Vertrauen und Stabilität in der Region lastet vorwiegend auf Japan und China, den beiden bedeutendsten Mächten der Region. Aber keines dieser Länder ist bereit, diese Last zu tragen. Im Gegensatz zu Japan und China haben die Länder Südostasiens aktiv Strukturen entwickelt, um den Beziehungen in ihrer Region Gestalt zu verleihen. Ihr Hauptinstrument dabei ist der Verband Südostasiatischer Staaten (ASEAN), der bei der Herausbildung einer gemeinsamen Identität ihrer unterschiedlichen Mitglieder bereits einige Fortschritte erzielt hat.

In den neunziger Jahren wurde hinsichtlich der Sicherheitsbeziehungen in Nordostasien häufig auf ASEAN¹ Bezug genommen. Der Verband spielt durch seine *Post-Ministerial Conferences* (PMC)², die Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (APEC), das Asiatisch-Europäische Gipfeltreffen (ASEM) sowie das ASEAN-Regionalforum (ARF)³ eine bedeutende internationale Rolle. Während die Wirtschaftsinstitutionen zumindest für sich in Anspruch nehmen können, sich um den Aufbau einer Gemeinschaft oder einer gemeinsamen Identität in Ostasien zu bemühen, kann man das vom ARF, dem einzigen multilateralen Sicherheitsrahmen der Region, nicht behaupten. Das Forum wurde formell von ASEAN vorgeschlagen und auf der PMC im Juli 1993 von den Dialogpartnern gebilligt. Die erste Arbeitstagung der Außenminister des ARF, an dem neben den damaligen ASEAN-Staaten u.a. Australien, China, Kanada, Laos, Papua-Neuguinea, Neuseeland, Russland und Vietnam teilnahmen, fand 1994 statt. Indien und die Mongolei traten 1998 bei; im Jahre 2000 wurde auch Nordkorea Mitglied.

Das ARF wurde ursprünglich als nachrangiges Arrangement eingerichtet, das die bilateralen Verbindungen in der Region ergänzen und als Mechanismus wirken sollte. Deshalb war das ARF-Netzwerk in seiner Funktionsfähigkeit von der Existenz eines stabilen Gleichgewichts abhängig. Es war jedoch nicht in der Lage, es zu schaffen.

Eine größere Rolle bei der Gestaltung der Zukunft Nordostasiens zu spielen sollte auch *Track-II*-Institutionen und -Prozessen (inoffizielle Kontakte zwischen nichtstaatlichen Akteuren) eingeräumt werden, insbesondere solchen,

1 Mitglieder: Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand, Brunei (seit 1984), Myanmar (seit 1994), Vietnam (seit 1995), Laos (seit 1997), Kambodscha (seit 1997).

2 Im Anschluss an die regelmäßigen ASEAN-Außenministertreffen finden diese mit den Außenministern der Dialogpartner Australien, China, EU, Indien, Japan, Kanada, Mongolei, Neuseeland, Russland, Südkorea und USA statt.

3 Mitglieder sind die zehn ASEAN-Staaten, elf Dialogpartner (Australien, China, EU, Indien, Japan, Kanada, Mongolei, Neuseeland, Russland, Südkorea und USA) sowie zwei ASEAN-Beobachter (Papua-Neuguinea, Nordkorea).

die sich um ein besseres Verständnis zwischen Seoul, Washington, Tokio und Beijing bemühen. Insbesondere in Bezug auf Fragen umfassender Sicherheit begann sich eine Reihe neuer Institutionen, darunter der Rat für Sicherheitskooperation im asiatisch-pazifischen Raum (CSCAP), herauszubilden. Vor allem weil die formalen intergouvernementalen Organe so schwach sind und der diplomatische Prozess so schwierig ist, begannen diese Gruppen aus dem privaten Sektor eine bedeutende Rolle zu spielen. Der *Track-II*-Prozess könnte wesentlich dazu beitragen, anderenfalls brisante, destabilisierende Tendenzen in der neuen geopolitischen Situation Nordostasiens abzumildern.

Die OSZE als Vorbild

Der Helsinki-Prozess wurde in Korea von Beginn an als multilateraler Rahmen zur Überwindung der System- und ideologischen Teilung Europas betrachtet. Der Prozess begann in den siebziger Jahren mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die im Januar 1995 zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wurde. Sie war mit dem Ziel ins Leben gerufen worden, die Spannungen in Europa zu mindern. Ihre Struktur überwölbte die Ost-West-Teilung und umfasste praktisch alle europäischen Staaten. Die Entwicklung der KSZE verlief nicht nach einem *grand design* oder nach Plänen für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur. Die Transformation des Helsinki-Prozesses verlief vielmehr als Reaktion auf jeweils akute Notwendigkeiten und Erfordernisse. Er war ein fortgesetzter Prozess kreativer Entwicklung der neuen politischen und Sicherheitslandschaft.⁴

Zunächst war die Agenda des Helsinki-Prozesses in dessen erster Phase (1975-1985) durch Menschenrechtsfragen und Themen aus dem "dritten Korb" (menschliche Kontakte, Informationsaustausch, Kultur und Bildung) gekennzeichnet. Im nächsten Stadium (1986-1992) wurde die menschliche Dimension der KSZE um militärisch relevante Aspekte von Sicherheit (vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa von 1990 und *Open-Skies*-Vertrag aus dem Jahre 1992) ergänzt. Seit dem Gipfeltreffen von Helsinki im Jahre 1992 haben sich die Aktivitäten der OSZE auf Konfliktprävention und Krisenmanagement sowie auf die Entwicklung kooperativer Sicherheit konzentriert. Darüber hinaus hat sich die Organisation bemüht, gemeinsame Werte zu fördern, wie sie in der Charta von Paris für ein neues Europa niedergelegt sind: Menschenrechte und Grundfreiheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, freie Marktwirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Verantwortung für die Umwelt.

Wie das Thema der OSZE-Korea-Konferenz im Jahre 2001 bereits andeutet, richten sich die Interessen Koreas auf vertrauens- und sicherheitsbildende

4 Vgl. E. Decoux, CSCE institutional issues at the Budapest conference, in: Helsinki Monitor 3/1994, S. 18.

Maßnahmen (VSBM) für das geographische Umfeld der koreanischen Halbinsel. Das Konzept der vertrauensbildenden Maßnahmen (VBM) wurde von der KSZE eingeführt. Ziel war es, durch erhöhte Transparenz und Berechenbarkeit militärischer Aktivitäten Vertrauen aufzubauen. Der Umfang der entsprechenden Übereinkünfte war eher bescheiden und beruhte auf freiwilliger Beteiligung, da die Staaten nicht bereit waren, strenge Verpflichtungen auf diesem Gebiet einzugehen. Zu den Maßnahmen gehörten die obligatorische Ankündigung von militärischen Manövern und der Austausch von Beobachtern auf freiwilliger und bilateraler Grundlage.

Infolge des Wandels der internationalen Rahmenbedingungen wurde die erste Generation der VBM von Helsinki inzwischen überarbeitet und verbessert. Das Konzept der VSBM wurde auf der Stockholmer Konferenz für Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE, 1984-1986) eingeführt. Das Mandat sah vor, dass die Maßnahmen für ganz Europa gelten, militärisch relevant, politisch bindend und verifizierbar sein sollten. Das Verifikationsregime war der bedeutendste Fortschritt auf dieser zweiten Stufe der VSBM. Es war jedoch zweifelhaft, ob es irgendeinem Teilnehmerstaat erlaubte, sich im Einklang mit den VSBM an einen anderen Mitgliedstaat mit dem Ersuchen um eine Inspektion auf dessen Territorium zu wenden. Auf dem Wiener Folgetreffen von 1986-1989 wurden die in Stockholm vereinbarten Maßnahmen um eine Reihe neuer, sich gegenseitig ergänzender VSBM erweitert.

Aus diesen ging letztlich das Wiener Dokument von 1990 hervor. In Bezug auf VSBM begründete dieses Dokument das computergestützte KSZE/OSZE-Kommunikationsnetzwerk für den Informationsaustausch über VSBM und führte die jährlichen Treffen zur Überprüfung der Durchführung (AIAM) ein, auf denen alle Teilnehmerstaaten die Implementierung des Regimes überprüfen und diskutieren können. Die Verhandlungen über VSBM wurden fortgesetzt und führten zum zweiten Wiener Dokument von 1992, das das vorangegangene Dokument in einer Reihe von Punkten erweiterte, einschließlich eines weiteren Informationsaustausches über nicht-aktive Truppenteile. Nach weiteren Verhandlungen nahm das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) zwei Jahre später das überarbeitete Wiener Dokument 1994 an. Die hauptsächliche Änderung bestand darin, dass dieses Dokument die oben erwähnten einschloss und um die Bereiche Verteidigungsplanung, militärische Kontakte und Zusammenarbeit erweiterte. Das Dokument enthielt das Recht, ein Ersuchen um Klarstellung über die Verteidigungsplanung einzubringen und sah ein jährliches Diskusstreffen vor. Die Teilnehmerstaaten wurden darüber hinaus ermutigt, zusätzliche Informationen wie z.B. Verteidigungsweißbücher zur Verfügung zu stellen.

In den Jahren 1994 bis 1998 wurden Änderungen des VSBM-Regimes nicht in Form eines Dokuments vorgenommen, sondern einzeln im FSK beschlossen. Ende 1997 beschloss das FSK eine vollständige Überarbeitung des Wiener Dokuments. Die meisten Änderungen am Dokument waren jedoch ledig-

lich Ergänzungen. Das Wiener Dokument 1999 enthält alle Änderungen seit 1994 und besitzt eine neue Struktur. In Bezug auf militärische Organisation, Streitkräftestärken und Hauptwaffensysteme erhöht das neue Dokument die Transparenz und Berechenbarkeit. So ist beispielweise im neuen Dokument auch ein jährlicher Informationsaustausch über die Verteidigungsplanung vorgesehen. Diese Maßnahme beruht auf der Überzeugung, dass ein ordnungsgemäßer Planungsprozess ein Zeichen für die demokratische Kontrolle von Streitkräften ist. Das Dokument umfasst ebenfalls die vorherige Ankündigung bestimmter militärischer Aktivitäten sowie Jahresübersichten solcher Aktivitäten, zu denen in bestimmten Fällen Beobachter eingeladen werden sollen. Die Bestimmungen über Einhaltung und Verifikation der Maßnahmen enthalten das Recht, Inspektions- und Überprüfungsbesuche durchzuführen. Derzeit ist Korea mehr an früheren VBM interessiert, wie sie die OSZE in der siebziger Jahren entwickelt hat.

Südkorea als Initiator des Multilateralismus

Legt man das Gesamtpotential zugrunde, wäre Korea auf einer einfachen Rangliste in der Mitte der mittleren Ebene anzusiedeln, mit aufsteigender Tendenz. Es gehört zu den vielleicht zwei Dutzend Ländern, die nach diesen Kriterien für sich in Anspruch nehmen, Mittelmächte zu sein. Nach Bulls strengerem Verfahren würde Südkorea jedoch nicht als Mittelmacht gelten.⁵ Es wird - und das wird wohl auch noch einige Zeit so bleiben - zu sehr von seinen eigenen Problemen in Anspruch genommen, als dass es eine größere Rolle übernehmen könnte, und es hat noch kaum damit begonnen, Merkmale einer anerkannten führenden Mittelmacht zu entwickeln, wie es Länder wie Kanada, Australien, das ehemalige Jugoslawien, Indien und Mexiko vorge-macht haben.⁶ Staaten sind nicht mobil und können ihrem lokalen Umfeld nicht entkommen. Wahrscheinlich werden Regionen überaus wichtig für militärische, politische, gesellschaftliche und ökologische sowie möglicherweise auch für wirtschaftliche Beziehungen bleiben. Die Staaten einer Region werden sowohl für Ordnung als auch für Unordnung in ihrer Nachbarschaft stärker verantwortlich sein. Daher haben Mittelmächte ein Interesse daran, regionale Sicherheitsregime und die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern und ganz allgemein feste Grundlagen für die regionale internationale Gemeinschaft zu schaffen.

Für Südkorea ist es schwierig, die Rolle einer Mittelmacht zu spielen. Seine Geschichte - als peripherer Vasall Chinas, als Schlachtfeld zwischen China und Japan, als japanische Kolonie und als Verbündeter und Protektorat der

5 Vgl. Hedley Bull, *The Anarchical Society*, London 1977.

6 Vgl. Barry Buzan, *Changing Paradigms of National and International Security and Their Implications for Security Planning of Middle Power Countries*, in: Byung-Moo Hwang (Hrsg.), *Korean Security Policies Toward Peace and Unification*, The KAIS International Conference Series Nr. 4, Seoul 1996, S. 3-30.

USA - ist nicht eben ein fruchtbarer Boden zur Entwicklung umfangreicher diplomatischer Traditionen. Als Folge des Kalten Krieges hat Korea darüber hinaus mit seinem eigenen ernststen regionalen Sicherheitsproblem zu kämpfen, das, solange es nicht gelöst ist, zwangsläufig seine politischen und militärischen Belange dominiert und alle Ambitionen auf eine größere diplomatische Rolle einschränkt.

Aufgrund der Verwundbarkeit seiner Situation würde Südkorea von Entwicklungen im Kräftegleichgewicht in Ostasien leicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Nichts wäre für Korea schlimmer, als mitten in einen Wettkampf zwischen China und Japan hineingezogen zu werden. Aus diesem Grunde sollte sich Südkorea in erster Linie für die Errichtung eines regionalen internationalen Regimes einsetzen, das die Wahrscheinlichkeit herabsetzt, dass die strukturelle Ähnlichkeit Ostasiens mit dem Europa des neunzehnten Jahrhunderts ein ähnliches bewaffnetes System des Kräftegleichgewichts hervorbringt.

Seit 1993 hat die südkoreanische Regierung verstärkt ihr Interesse an einem regionalen Rahmen für Sicherheitskooperation zum Ausdruck gebracht. Dieser Wunsch wurde durch die wachsende Sorge über die nukleare Entwicklung Nordkoreas vorangetrieben. Der südkoreanische Außenminister Han Sungjoo schlug vor, dass Südkorea bei der Entwicklung eines multilateralen Mechanismus für einen Sicherheitsdialog in Nordostasien Initiative zeigen solle. Er war der Meinung, das ASEAN-geführte ARF reiche für die Diskussion über die Sicherheit in Nordostasien nicht aus und ein multilateraler Sicherheitsrahmen auf subregionaler Basis sei notwendig, um die langfristige Vision einer "Mini-KSZE" zu realisieren, die eine Sicherheitszusammenarbeit in Form von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, Rüstungskontrolle und Konfliktregelung zum Ziel hat.⁷ Warum wünschte die südkoreanische Regierung einen Sicherheitsdialog im Stile einer Mini-KSZE in Nordostasien neben dem von ASEAN geführten Sicherheitsforum? Die einfachste Antwort ist vielleicht, dass Südkorea zunehmende Besorgnisse darüber hegt, wie die Sicherheit auf der geteilten koreanischen Halbinsel aufrechterhalten werden kann.

Das Engagement Südkoreas

Nach einer offiziellen Anfrage aus Seoul wurde Südkorea erstmals 1994 zur Überprüfungskonferenz in Budapest als Beobachter eingeladen. Seither hat Südkorea an relevanten OSZE-Treffen teilgenommen. Korea hat Zugang zu offiziellen OSZE-Dokumenten und kann fallweise zu OSZE-Treffen eingeladen werden, die Themen behandeln, an denen es ein besonderes Interesse hat. Beim Lissabonner Gipfeltreffen wurde beschlossen, Südkorea gegebenenfalls

⁷ Vgl. Daily Notes on Foreign Minister Han's comments on Security Dialogue, Department of Security Policy, Ministry of Foreign Affairs, 3. März, 1994.

als Kooperationspartner zu OSZE-Treffen einzuladen. Aufgrund dieses Beschlusses hat Südkorea einen Status, der es ihm erlaubt an OSZE-Treffen teilzunehmen, darunter Gipfeltreffen, Ministerratstreffen und Überprüfungs-konferenzen sowie verschiedene Seminare. Südkorea nimmt allerdings nicht am Entscheidungsprozess teil und hat in den Überprüfungs-konferenzen weder Stimm- noch Rederecht.

Im Dezember 1994 nahm der stellvertretende Außenminister, Botschafter Chang-Chun Lee, am Gipfeltreffen von Budapest teil. Auf diesem Gipfeltreffen schlug der italienische Außenminister gemeinsam mit den Vertretern Schwedens und Ungarns vor, Südkorea solle im Rahmen der OSZE denselben Status erhalten wie Japan. Zwischen den drei genannten Staaten Italien, Schweden und Ungarn und den beiden asiatischen Staaten Japan und Korea bestand gegenseitiges Einvernehmen darüber, dass bestimmte Modalitäten des koreanischen Status im Laufe des Jahres 1995 formuliert werden sollten. Im Dezember 1995 nahm See-Young Lee, Staatssekretär im südkoreanischen Außenministerium, am fünften Treffen des Ministerrats der OSZE in Budapest teil. Erstmals hatte er bei diesem Treffen die Gelegenheit, vor der Versammlung eine Rede zu halten. Nach seinen Worten ist Korea bereit, sich an den internationalen Bemühungen der OSZE um Friedenserhaltung und Friedensschaffung zu beteiligen. In erster Linie ist Korea jedoch daran interessiert, die mögliche Übertragbarkeit der OSZE-Erfahrungen auf Nordostasien als Modell für eine zukünftige multilaterale Sicherheitszusammenarbeit genauer zu prüfen. Er bezeichnete das ARF als eine Art OSZE in der asiatisch-pazifischen Region und erwähnte dabei die Möglichkeit, einen subregionalen Sicherheitsdialog in Nordostasien einzuleiten.

In einer Stellungnahme beim OSZE-Gipfeltreffen im Dezember 1996 in Lissabon legte der südkoreanische Außenminister Chong-Ha Yoo großen Wert darauf, genaue Informationen über die derzeitige Sicherheitslage der koreanischen Halbinsel zu geben und um Verständnis für Südkoreas Position zu werben. Dies war eine gute Gelegenheit für Südkorea, Europas Aufmerksamkeit auf das Problem des geteilten Korea zu lenken.

Ein multilateraler Dialog über Vertrauens- und Sicherheitsbildung, wie ihn die OSZE bietet, wurde als nützlicher Rahmen zur Ermutigung Nordkoreas, sich aus seiner Isolation zu befreien, genannt. Südkorea hält den Beitrag der OSZE im Jugoslawienkonflikt für äußerst vielversprechend. Es misst auch seiner Verbindung zur OSZE große Bedeutung zu und hat an allen relevanten Treffen teilgenommen, die von der OSZE organisiert wurden. Vertreter Südkoreas hoben die enge Verflechtung der Sicherheit Europas mit der Nordostasiens hervor. Europäische Staaten wie Schweden, die Schweiz und Polen tragen seit Ende des Koreakrieges als Beobachter des Waffenstillstandsabkommens dazu bei, den Frieden auf der koreanischen Halbinsel zu erhalten. Die EU beteiligt sich als Mitglied des Exekutivrates an der Energieentwicklungsorganisation der koreanischen Halbinsel (KEDO) und hat jährliche Leistungen von 15 Millionen ECU für fünf Jahre (1998-2002) zugesichert.

Hohe Vertreter der südkoreanischen Regierung betonten darüber hinaus die engen Verbindungen zu allen OSZE-Teilnehmerstaaten auf der Grundlage gemeinsamer menschlicher Werte. Sie wiesen darauf hin, dass Korea als Mitglied der Wertegemeinschaft die Ziele und Prinzipien der OSZE teilt. Das asiatisch-europäische Gipfeltreffen im Jahre 2000 in Seoul mit Südkorea als Gastgeber war Ausdruck der Bemühungen des koreanischen Volkes, Mitglied der weltweiten Wertegemeinschaft zu werden.

Die OSZE begann als Brücke zwischen den beiden ideologisch verfeindeten Blöcken des Kalten Krieges. Dem OSZE-Modell sind jedoch in der Übertragbarkeit seiner Konzepte auf Nordostasien Grenzen gesetzt, wo Ideologie kein trennendes Problem mehr ist und die Hauptsorge der Staaten der Region der Wirtschaft gilt - mit der einzigen Ausnahme Nordkorea. Eine Lehre, die Nordostasien aus der OSZE ziehen sollte, ist, dass ein solcher stufenweiser Prozess überall möglich ist. Kleine Schritte summieren sich und bauen Vertrauen und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen Staaten auf. Unter den gegenwärtigen Sicherheitsbedingungen in Nordostasien, wo die bilateralen Bündnisvereinbarungen mit den USA den Kern der regionalen Sicherheit bilden und es unwahrscheinlich ist, dass China und Japan die Führungsrolle auf sich nehmen, gibt es keinerlei Impulse, einen regionalen Multilateralismus zu initiieren. Angesichts der Interdependenzen in der heutigen Welt sind multilaterale Konsultation und Kooperation notwendige Maßnahmen zur Ergänzung bilateraler Strukturen. Südkorea ist darauf bedacht Möglichkeiten zu finden, sich an einer effektiven Regelung der gefährlichen Unwägbarkeiten in Nordostasien zu beteiligen. Glücklicherweise bietet das ARF eine gute Gelegenheit, das gemeinsame Interesse an Zusammenarbeit und Stabilisierung der Region zu fördern. Solange diese günstigen Bedingungen anhalten, muss die brisante Konstellation, die die koreanische Halbinsel umgibt, durch ein Friedensregime und einen multilateralen Konsultationsmechanismus ersetzt werden.

Trotz einer gewissen momentanen Unentschlossenheit liegen die Vorteile der südkoreanischen Politik des Engagements für die koreanische Halbinsel, die im Zentrum Nordostasiens liegt, auf der Hand. Eine Beteiligung Chinas und Russlands wird im Übrigen dazu beitragen, eine Atmosphäre zum Aufbau eines multilateralen Forums zu schaffen. Nordkoreas Raketen- und Nuklearpolitik sind ein ständiger Grund zur Besorgnis für die USA und Japan, die sich ebenfalls nicht heraushalten können. Dank der derzeit kooperativen Haltung Nordkoreas konnte die Proliferation von Massenvernichtungswaffen mit gewissen Vorbehalten eingedämmt werden. Während einerseits der Prozess gegenseitigen Engagements auf bilateraler Basis in Nordostasien fortgesetzt wird, sollte andererseits auch ein Forum für multilaterale Sicherheitskooperation geschaffen werden. Vertrauens- und Sicherheitsbildung müssen erste Schritte auf dem Weg zu regionaler Stabilität sein. Nordostasien hat deshalb gute Gründe, aus den Erfahrungen der OSZE zu lernen, die in dieser Hinsicht Vorreiter ist.